

KÖLNER SÜDEN



Neuer Standort für die Feuerwehr geplant

Auf dem Sürther Feld sollen eine Rettungswache und ein Gerätehaus errichtet werden

VON SANDRA MILDEN

Rodenkirchen. Auf dem Sürther Feld sollen ein Feuerwehrgerätehaus und eine Rettungswache neu gebaut werden. Und zwar in direkter Nachbarschaft zur Bezirkssportanlage. Einen entsprechenden Beschluss hat der Gesundheitsausschuss als Beschlussorgan an die Bezirksvertretung Rodenkirchen verwiesen. Der Neubau ist für den Bezirk wichtig. Nicht nur, weil der Stadtteil auch aufgrund des Zuzugs des Sürther Felds extrem gewachsen ist. „Eine für sich sprechende Vorlage“, wie Bezirksbürgermeister Mike Homann den Antrag auf einen Neubau nannte. Das sahen auch die Bezirksvertreter so, die sich dem Beschluss einstimmig anschlossen.

Der jetzige Standort an der Schillingsrotter Straße/Ecke Ringstraße ist aus verschiedenen Gründen am Ende. Hier steht das Gerätehaus der Frei-

Die Löschgruppe

Die Löschgruppe Rodenkirchen wurde im Jahr 1880 in der Gemeinde Rodenkirchen im damaligen Landkreis Köln gegründet. Sie ist eine der ältesten existierenden Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr in Köln. Aktuell besteht die Löschgruppe Rodenkirchen aus rund 50 aktiven Mitgliedern und einer Alters- und Ehrenabteilung sowie einer Jugendfeuerwehr. Bereits in den 70er Jahren wurde mit der kommunalen Eingliederung Rodenkirchens in das Stadtgebiet Köln ein Rettungswagen stationiert. (sam)

willigen Feuerwehr. Gleichzeitig dient der Standort der Rettungswache Rodenkirchen mit einem Rettungswagen im 24-Stunden-Betrieb.

Die Gebäude sind marode, eine Sanierung ist nicht mehr möglich. Die einsturzgefährdete Fahrzeughalle ist nach Aussage der Verwaltung in „ihren Sicherungsmaßnahmen ausgeschöpft“. Im letzten Jahr wurde auch noch das Nachbargrundstück in Rekordzeit für Wohnbau umgewidmet. Platz ist hier weder für Fahrzeuge noch für die angemessene Unterbringung der Mitglieder der Löschgruppe. 50 Aktive und 25 Jugendfeuerwehrleute behelfen sich auf engstem Raum. So befinden sich die Umkleibereiche zum Beispiel hinter den Fahrzeugen, nur getrennt durch Holzschränke. Räumlichkeiten für die Jugendarbeit sind als Lagerflächen in Gebrauch. Die Idee einer Kinderfeuerwehr wurde zurück gestellt, weil dafür einfach die Räume fehlen.

Anders, aber kaum weniger prekär gelagert ist die Situation für die Rettungswache. Die Stadt ist als Träger des Rettungsdienstes verpflichtet, die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung sicherzustellen. In sogenannten Rettungsdienstbedarfsplänen wird insbesondere die Erforderlichkeit der Anzahl und Standorte von Rettungswachen festgelegt. Im Bezirk Rodenkirchen funktioniert das nur dank Zuhilfenahme anderer Standorte. Ein anderes Problem derzeit ist die vom Rat vorgegebene Frist von acht Minuten. Innerhalb dieser Zeit sollen die Hilfskräfte am Notfallort eintreffen. Von der Schillingsrotter Straße aus ist diese in den Bereichen Sürth, Weiß, Immendorf, Hahnwald und Meschenich nicht immer



Direkt an der Bezirkssportanlage ist der Neubau für die Feuerwehr geplant.

Fotos: Milden



Zu eng und zu marode sind die derzeitigen Gebäude der Feuerwehr an der Schillingsrotter Straße.

gewährleistet. Da bietet die Lage am Sürther Feld Vorteile, denn durch die südöstliche Verlagerung der Rettungswache wird die bedarfsmäßige Abdeckung des Rettungsdienstes im Kölner Süden erheblich verbessert.

Das hat auch eine Machbarkeitsstudie ergeben, die die Stadt Köln dazu über die Reichel Ingenieurgesellschaft für Projektmanagement in Auftrag gegeben hat. Auf dem Sürther Feld sind 4000 Quadratmeter für den Neubau reserviert. Das daran anschließende Grundstück ist für den Neubau der Ernst-Moritz-Arndt Schule vorgesehen. Nach Aussage der Stadt steht der Neubau in der Prioritätenliste und soll bis 2022 umgesetzt sein. (Die

Rundschau berichtete mehrfach). Der ermittelte Raum- und Flächenbedarf für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr und der Rettungswache wurde von den Beteiligten ausgearbeitet.

Kosten betragen 2,8 Millionen Euro

Für den Standort der Freiwilligen Feuerwehr sind insgesamt sieben Stellplätze für den Fahrzeugpark der Löschgruppe vorgesehen. Ein Stellplatz ist als Durchfahrhalle für ein Einsatzfahrzeug einschließlich Anhänger geplant. Mehr als die Machbarkeit und Planungseckpunkte sind allerdings noch nicht festgehalten. „Eine genauere Darstellung des Gebäudes ist erst

nach Beauftragung eines Planers und der daran anschließenden Planungsphase möglich“, heißt es von städtischer Seite. Zumindest stehen zum jetzigen Zeitpunkt verschiedene Umsetzungsvarianten im Raum.

Ein Baubeschluss für den Neubau mit einer exakten Kostenberechnung soll nach Abschluss der Entwurfsplanung nächstes Jahr anstehen. 2,8 Millionen Euro sind derzeit laut Haushaltsplan veranschlagt. Die Planungskosten bis zum Abschluss der Entwurfsplanung belaufen sich auf 590 000 Euro. Der Finanzausschuss soll am 20. Mai die Freigabe von Planungsmitteln in Höhe von 300 000 Euro beschließen.

„Bürgerbeteiligung wird auf diese Weise im Keim erstickt“

Kontroverse Diskussion um die Geschäftsordnung des Begleitgremiums für die Parkstadt Süd

VON SUSANNE WÄCHTER

Raderberg. Berthold Bronisz fühlt sich „verarscht“. Der Einzelmandatsträger der Linken reagierte damit sichtlich sauer auf die Geschäftsordnung und die Zusammensetzung des Begleitgremiums zur weiteren Entwicklung der Parkstadt Süd, die in der jüngsten Sitzung der Bezirkspolitiker zur Abstimmung vorlag.

Eigentlich hatten die Bezirksvertreter in einer vorherigen Sitzung beschlossen, auch die Einzelmandatsträger zum Begleitgremium hinzu zu ziehen. Jetzt ist in der von der Verwaltung erstellten Geschäftsordnung die Rede nur noch von den Fraktionen, von denen jeweils ein Vertreter teilnehmen wird plus Vertretern aus den Reihen der Bürger und Initiativen.

Bronisz brachte einen Änderungsantrag in die Mailsitzung



Die Sitzungen des Begleitgremiums sind nicht öffentlich, die Niederschriften schon.

Edmund Makrutzki
Stadtplanungsamt

ein, ebenso wie Torsten Ilg, der für die Freien Wähler in der Bezirksvertretung sitzt. Bronisz zielte dabei auf die Teilnahme der Einzelmandatsträger ab.

Und auch die Geschäftsordnung für das Begleitgremium stieß auf Unverständnis. Darin

heißt es unter anderen, dass das Gremium nicht öffentlich tagen wird, was bedeutet, dass die Diskussionen nicht wie politische Sitzungen für jedermann zu verfolgen sind. „Die Sitzungen des Begleitgremiums sind nicht öffentlich, die Niederschriften schon“, sagt Emdund Makrutzki vom Stadtplanungsamt dazu. Und genau darauf zielte der Änderungsantrag von Torsten Ilg ab. Schützenhilfe erhielt er von Walter Wortmann, Ratsmitglied der Freien Wähler, der als Gast zur Sitzung kam. Für ihn ist klar, dass die Verwaltung die Bürgerbeteiligung „ersticken und sie nicht mehr wirklich zulassen will“. Die Geschäftsordnung sei für ihn „schludrig dahingekatscht“. Seit drei Jahren ist ein solches Gremium in der Diskussion und habe bei den Bürgern eine enorme Erwartungshaltung geweckt, so Wortmann weiter. Vorwürfe, die Christoph Schy-



So könnte es einmal in der Parkstadt rund um die Markthalle aussehen.

Foto: Wächter

kowski, Fraktionsvorsitzender der CDU so nicht stehen lassen wollte. Dass nicht jede Partei einen Vertreter ins Gremium schicken kann, habe auch mit dessen Arbeitsfähigkeit zu tun, merkte er mit Blick auf Bronisz an. „Es bringt niemandem etwas, das Gremium weiter aufzublähen“. Auch müsse das Begleitgremium nicht zwingend öffentlich tagen, um die Bürger weiterhin einzubinden, merkte Schykowski weiter an und griff damit den Änderungsvorschlag von Ilg auf. Über eine Stunde hatten die Be-

zirkspolitiker zum Thema debattiert, ohne wirklich weiterkommen zu sein. Denn die Geschäftsordnung, die von der Verwaltung vorgegeben wurde, stand nicht zur Abstimmung, sondern lag lediglich als Anhang vor. Letztendlich einigten sich die Bezirkspolitiker darauf, das Thema, öffentlich oder nicht öffentlich zu tagen, zur konstituierenden Sitzung des Begleitgremiums zur Sprache zu bringen. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP lehnten öffentliche Sitzungen ab.

Neben den Politikern aus den Fraktionen im Stadtentwicklungsausschuss sowie Bezirksvertretern dürfen auch Bürger der Stadtgesellschaft im Begleitgremium mitwirken.

Dazu gehören etwa die Neuland-Gärtner, die Bürgerinitiative Südliche Innenstadterweiterung, kurz BüSie genannt, der Bürgerverein Raderberg- und thal, der Bürgerverein Zollstock, die Initiative Bürger für Bäume, der Bürgerverein Bayenthal/Marien burg und Vertreter des Jugendforums Rodenkirchen.